

Protokoll

der 3. Sitzung des 40. Studierendenparlaments der Philipps-Universität Marburg
am Mittwoch, den 15. Dezember 2004
im Hörsaalgebäude, Hörsaal 7, Biegenstrasse, 35037 Marburg.

Protokollant: Sebastian Heinisch

Die Sitzung ist öffentlich.

Vorläufige Tagesordnung:

Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

1. Genehmigung des Protokolls der vergangenen Sitzung
2. Genehmigung der weiteren Tagesordnung
3. Bericht des AStA
4. Vertrag über das Semesterticket mit dem RMV (1.Lesung)
5. Vertrag über das Semesterticket mit dem RMV (2.Lesung)
6. Vertrag über das Semesterticket mit dem NNV (1.Lesung)
7. Vertrag über das Semesterticket mit dem NNV (2.Lesung)
8. „Unterstützung studentischer Beteiligung am Zentrum für Lehrerbildung“
9. Kürzungen, Preis- und Beitragserhöhungen beim Studierendenwerk
10. Studentischer Wahlausschuss
11. „Beschluss pro kritischer Dialog“
12. Diskussion und Beschluss über Wahl einer Satzungskommission
13. Wahl der Satzungskommission
14. Diskussion und Beschluss über Wahl einer Geschäftsordnungskommission
15. Wahl der Geschäftsordnungskommission
16. Verschiedenes

[Begrüßung, Beschlussfähigkeit]

Der Vizepräsident des 40. Studierendenparlaments, **Christoph Scheid** eröffnet um 20:20 die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er erklärt, dass Anne und Imke krank seien, deshalb obliege ihm die Sitzungsleitung. Er könne nach §3 der GO Abgeordnete zur Unterstützung der Sitzungsleitung nach vorne holen. Deshalb bittet er Sebastian Heinisch und Ortrun Brand, ihn vorne zu unterstützen. Bei 29 anwesenden Parlamentarierinnen und Parlamentariern stellt er die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 1 [Protokoll]

Das Protokoll der vergangenen Sitzung liegt noch nicht vor. Daher muss der Tagesordnungspunkt vertagt werden.

TOP 2 [Tagesordnung]

Genehmigung der weiteren Tagesordnung:

Änderungsantrag von **Ortrun Brand**: TOP 10 (neu) Jubiläumskommission

Änderungsantrag von **Florian Riewe**: Top 9 wird zu Top 4

Es gibt keine Anmerkungen, damit ist die Tagesordnung mit Änderungen genehmigt.

TOP 3 [Bericht des AStA]

Lena Behrendes (AStA-Vorsitzende) trägt erfreuliche Berichte aus dem AStA und unerfreuliche Berichte über die Entscheidungen der Landesregierung vor.

Erfreulich sei die Demo gegen die Entdemokratisierung und den Sozialabbau in Wiesbaden am 14.12. mit 300 TeilnehmerInnen, unerfreulich die Tatsache, dass das HHG ungeachtet allen Widerstands kurz danach abgestimmt wurde.

Fortsetzen lasse sich die Liste der schlechten Nachrichten mit den geplanten Kürzungen bei den Studierendenwerken. Des Weiteren werde es eine Zusammenlegung und vollständige Privatisierung der Unikliniken Marburg und Gießen geben. Der letzte unerfreuliche Punkt bezieht sich auf den 26. Januar 2005, an dem es - drei Tage nach dem 40. Geburtstag des Stupa - das Urteil über die Klagen gegen das HRG-Novelle geben werde.

Erfreulich hingegen seien die Veranstaltungen des AStA gewesen: Das Referat für Kritische Wissenschaft habe innerhalb der Vortragsreihe „Intelligente Alternativen“ eine Veranstaltung mit dem Titel „Wem gehört die Welt?“ organisiert. Außerdem habe das Referat für Interkulturelle Konfliktbearbeitung einen Vortrag zu dem Thema „DR Kongo: Krieg um Rohstoffe - Krieg zwischen Ethnien?“ innerhalb der Vortragsreihe „Zwischen Vernunft und Barbarei“ veranstaltet.

Abschließend kündigt Lena an, dass es trotz und wegen der Beschlüsse in Wiesbaden weiterhin Informationsveranstaltungen und Protestaktionen von Seiten des AStA geben werde.

Thorsten Engelen (RCDS) fragt wie der AStA zu der Störaktion vom Donnerstag den 03.12.2004 im Landgrafenhaus stehe und ob er daran beteiligt gewesen sei.

Lena antwortet, der AStA sei nicht an der Aktion beteiligt gewesen und dass die Meinung des AStA hierzu auf der Homepage schon seit langem zu lesen sei.

TOP 4 [Kürzungen, Preis- und Beitragserhöhungen beim Studierendenwerk]

Florian Riewe berichtet von den jüngsten Entwicklungen im Studierendenwerk:

Dr. Grebe (Geschäftsführer des Studierendenwerks) habe berichtet, dass klammheimlich die Zuschüsse der Studierendenwerke in ganz Hessen um 2,5 Mio. € gekürzt worden seien und die Einsparungen auf alle 5 Unis zu gleichen Teilen verteilt würden. Zudem erwarte das Studierendenwerk einen Beitragsrückgang von 150.000 €, so dass es auf einen Gesamtverlust von 650.000 € komme.

Als Gegenmaßnahmen seien steigende Beiträge (nächstes Jahr 10 € die folgenden zwei Jahre 5 Euro) geplant. Zudem solle das Mensaessen um 30 Cent pro Menü verteuert werden. Außerdem sei eine Mieterhöhung von 5% geplant, die aber auch die allgemeine Teuerungsrate beinhalte.

Nun werde versucht, im Detail Verbesserungsmöglichkeiten an den Einsparungen zu suchen.

Frank Hufnagel (RCDS) möchte wissen, ob eine der Möglichkeiten reiche, um die Kosten zu decken, oder ob alle benötigt würden, um die Kosten zu decken. **Florian** antwortet, nur alle zusammen würden das Haushaltsloch decken. **Volker Ostermeyer (LHG)** möchte wissen, ob das Studierendenwerk wieder einmal an Einsparungen an der Mensa-Lahnberge denke. **Florian** sagt, es solle nichts gestrichen werden, geplante Buffet-Streichung seien im vergangenen Jahr erst verhindert worden, da dies zu einer Benachteiligung der auf den Lahnbergen Studierenden geführt hätte. **Andreas Müller (FACHKRAFT)** fragt nach, wie hoch der Essenszuschlag bisher gewesen sei. **Florian** antwortet, er könne keine genauen Angaben machen. Aber ca. 250.000 € sollten an Essenszuschlag gespart werden. Der Zuschlag liege zur Zeit bei gut einem Euro. **Volker** fragt nach, warum auf alle 5 Universitäten gleich aufgeteilt werde, trotz unterschiedlicher Studierendenzahlen? **Florian** antwortet, das Gesetz

sehe eine Gleichverteilung vor, außerdem werde trotz der größeren Studianzahl z.B. in Frankfurt nicht mehr Essen ausgegeben und damit nicht mehr Essenszuschlag bezahlt; die Kosten seien in jedem Studierendenwerk ähnlich hoch. **Frank** bittet **Florian**, den Haushalt und die durchdachten Einsparmöglichkeiten an die Hochschulgruppen weiterzugeben, um weitere Einsparmöglichkeiten entdecken zu können. Wenn erst nächstes Jahr das weitere Geld zur Verfügung stehe, wie solle das Defizit bis dahin ausgeglichen werden? **Florian**: antwortet, er könne es nicht versprechen, er versuche bis Ende Januar eine Aufstellung per mail zu verteilen. Der Vorsitzende selber wisse nicht, wie die 650.000 € eingespart werden könnten; **Florian** vermutet, dass es zunächst durch Rücklagenentnahme passieren könne und diese dann in späteren Jahren wieder zugeführt werden sollten. Es könnten nur die Essenspreise kurzfristig geändert werden. **Marcel Hennes (FSK)** möchte wissen, welche Ausmaße die Sparmaßnahmen auf die Renovierung und Instandhaltung hätten? **Florian** antwortet, der Dampferzeuger (welcher heiße Dampfluft zum Heizen und Spülen erzeugt) sei nahezu defekt und hätte schon vor langem ausgetauscht werden müssen. Es könne durchaus sein, dass „weniger wichtigere“ Renovierungen aufgeschoben würden um Geld im Haushalt loszueisen.

TOP 5 [Semesterticketvertrag RMV I. Lesung]

Der Vizepräsident liest ein Gedächtnisprotokoll eines Gesprächs von Anne Tittor (der Präsidentin des 40. Studierendenparlaments) mit Herrn Viergutz von der Rechtsabteilung der Universität vor, in dem Viergutz angibt, dass es schon einen Beschluss des Studierendenparlaments hinsichtlich des Semestertickets gebe und jede weitere Abstimmung (egal bei welchem Ausgang) keine Relevanz habe.

Es erfolgt ein **GO- Antrag** auf Nichtbefassung des Tagesordnungspunktes von **Christian Schlag**. Es gibt inhaltliche Gegenrede von **Mattias Altfelder (JusoHSG)**: Das Verwaltungsgericht könne dies bei einer eventuellen Klage anders sehen; man solle auf „Nummer sicher“ gehen. Zudem wäre es unschön, aus „Bequemlichkeit“ und aus demokratischen Gründen nicht abzustimmen.

Abstimmung des GO-Antrags: 14:13:2 Stimmen und damit abgelehnt, d.h. es wird erneut über den Semesterticketvertrag mit dem RMV abgestimmt. Der Vizepräsident macht darauf aufmerksam, dass es noch keine Beschlussvorlage für diesen TO-Punkt gibt. **Mattias Altfelder (Jusos)** stellt daraufhin den Antrag auf Beschluss des Semesterticketvertrags mit dem RMV. **Jan Patrick Behrend (JusoHSG)** appelliert an die Vernunft aller Parlamentarier: Es gehe ums Ganze: Dem Semesterticket sollte „Rechtssicherheit“ gegeben werden. Da nur 29 Leute anwesend seien, müssten alle zustimmen. Es solle jeder darüber nachdenken, was hier abgestimmt werde.

Die **Abstimmung** erfolgt abschnittsweise in 5 Abschnitten:

1. Abschnitt: 29:0:0
2. Abschnitt: 29:0:0
3. Abschnitt: 29:0:0
4. Abschnitt: 29:0:0
5. Abschnitt: 29:0:0

Daraufhin wird der Vertrag als Ganzes abgestimmt: 29:0:0

Damit ist der Semesterticketvertrag RMV in erster Lesung einstimmig angenommen.

TOP 6 [Semesterticketvertrag RMV II. Lesung]

Abstimmung insgesamt: 29:0:0

Damit ist der Semesterticketvertrag mit dem RMV in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

TOP 7 [Semesterticketvertrag NVV I. Lesung]

Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, dass es keine Beschlussvorlage gibt, woraufhin **Mattias Altfelder (Jusos)** die Beschlussvorlage anbringt, dem Semesterticketvertrag mit dem NVV zuzustimmen

Die **Abstimmung** erfolgt abschnittsweise in 11 Abschnitten:

1. Abschnitt: 29:0:0

- 2. Abschnitt: 29:0:0
- 3. Abschnitt: 29:0:0
- 4. Abschnitt: 29:0:0
- 5. Abschnitt: 29:0:0
- 6. Abschnitt: 29:0:0
- 7. Abschnitt: 29:0:0
- 8. Abschnitt: 29:0:0
- 9. Abschnitt: 29:0:0
- 10. Abschnitt: 29:0:0
- 11. Abschnitt: 29:0:0

Daraufhin wird der Vertrag als Ganzes abgestimmt: 29:0:0

Damit ist der Semesterticketvertrag NVV in erster Lesung einstimmig angenommen.

TOP 8 [Semesterbeitrag NVV II. Lesung]

Abstimmung insgesamt: 29:0:0

Damit ist der Semesterticketvertrag NVV in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

TOP 9 [„Unterstützung studentischer Beteiligung am Zentrum für Lehrerbildung“]

Christian Schlag (FACHKRAFT) betont, dass dieser Punkt äußerst wichtig sei. Die derzeit bestehende 'Ständige Kommission für Lehrerbildung' müsse mit Inkrafttreten des 'Dritten Gesetzes zur Qualitätssicherung in hessischen Schulen' am ersten Januar 2005 durch ein 'Zentrum für Lehrerbildung' (ZfL) ersetzt werden. Damit dieses Zentrum möglichst schnell seine Arbeit aufnehmen könne, solle eine Satzung bald nach dem Jahreswechsel von der Kommission erarbeitet und vom Präsidenten erlassen werden. Entsprechend eilig sei eine Beschlussfassung seitens des Studierendenparlaments zur Unterstützung einer im Gesetz nicht vorgesehenen studentischen Beteiligung am Zentrum in Form einer Kooptation Studierender mit beratender Stimme. Aus allgemeinen demokratischen Überlegungen und besonders angesichts der akuten Umwälzungen im Lehramtsbereich sei eine studentische Beteiligung auf allen Ebenen unabdingbar. Das Forum Lehramt, dessen Forderungen dem Antrag zugrundeliegen, ist ein Arbeitskreis der fsk, der allen Interessierten offen stehe. Das jeweils nächste Treffen und einschlägige Informationen seien der Homepage zu entnehmen (<http://www.fachschaftenkonferenz.de>).

Der Antrag im Wortlaut:

"Der durch das kürzlich verabschiedete "Dritte Gesetz zur Qualitätssicherung in Hessischen Schulen" veränderte §55 des Hessischen Hochschulgesetzes (HHG) ersetzt die bisherige "Ständige Kommission für Lehrerbildung" durch ein so genanntes "Zentrum für Lehrerbildung" (ZfL). Der gravierendste Unterschied zwischen den beiden Modellen ist, dass im künftig zuständigen ZfL die Mitgliedschaft Studierender nicht vorgesehen ist.

Diese unhaltbare und undemokratische Situation kann dadurch zumindest abgemildert werden, dass die noch zu schaffende Marburger ZfL-Satzung Studierende wenigstens als beratende Mitglieder vorsieht.

Das Studierendenparlament unterstützt die Forderung des Forums Lehramt, Studierende als beratende Mitglieder sowohl im Zentrum für Lehrerbildung selbst, als auch in dessen Direktorium per Satzung einzubinden.

Außerdem fordert das Studierendenparlament das Präsidium sowie den Senat der Philipps-Universität Marburg und die Ständige Kommission für Lehrerbildung auf, dieser Forderung Rechnung zu tragen."

Abstimmung: 29:0:0 -- einstimmiges Ergebnis: Antrag angenommen.

TOP 10 [Jubiläumskommission]

Ortrun Brand berichtet über das Treffen der Jubiläumskommission am vorausgehenden Montag. **Ortrun** sei zur Vorsitzenden gewählt worden.

Das Jubiläum soll am Sonntag, dem 23.01.2005 (auf den Tag genau der vierzigste Jahrestag) um 11 Uhr stattfinden. Der vorläufige Zeitplan lautete wie folgt:
Donnerstag, den 20.01.: Podiumsdiskussion mit KHU, FZS, Andreas Keller, Frank Gotthardt.

Freitag, den 21.: Party

Sonntag, den 23.: Stupa-Sondersitzung mit gesondertem Themenkomplex: Festakt und Jubiläumssitzung zugleich. Der erste Präsident, der 20. Präsident und die 40. Präsidentin (Anne) seien dann anwesend. Die Sitzung solle themengebunden sein: Thema 1.: Rolle der Studierendenschaft allgemein und 2.: Wie wünscht und prognostiziert ihr die Zukunft der Studierendenvertretung. Als Ort diene die Alte Aula, mit kleinem Sekt- und Schnittchenempfang im Nachhinein. Ortrun bittet um ein Feedback aller Gruppen ob der Termin möglich sei und Planung soweit in Ordnung. **Philipp Ostermann** findet die Planung schön, aber den Termin schlecht, da seine Mama und er an diesem Tag Geburtstag hätten, außerdem sei dann Bundesmitgliederversammlung der LHG. **Frank Hufnagel (RCDS)** erkundigt sich, warum die Festlichkeiten auf drei Tage verteilt seien. Vielleicht sei es besser, die Party direkt nach der Jubiläums-Sitzung anzuberaumen, damit mehr Leute zuschauen? **Ortrun** antwortet, die Leute werden nicht zu beidem kommen wenn sie nicht viel mit Studierendenparlament und oder dem AStA/HoPo zu tun haben. Zudem seien die Leute für den Termin schon angefragt. Leute zu einer Veranstaltung zu bekommen sei ohnehin schwer. **Eva Scharbatke (LHG)** plädiert für die Trennung, lobt die gute Planung und hofft auf eine gute kontroverse Diskussion. **Annika Schmidt-Ehry (Jusos)** fragt, ob Redebeiträge auch von Nicht-Parlamentariern innerhalb der Gruppe gehalten werden können. Dies wird von **Ortrun** bejaht. **Christian Schlag** äußert, dass sich **FACHKRAFT** sicherlich aktiv beteiligen werde. **Mattias Altfelder (Jusos)** findet den Vorschlag gut und meint, die Jusos würden kommen. **Thorsten Engelen (RCDS)** ist grundsätzlich für die Debatte, möchte aber wissen, ob die Debatte offen sei und die Redebeiträge zu einem bestimmten Thema seien, was von Ortrun bejaht wird; die Debatte solle sich aber auf die Redebeiträge/ auf das Gesagte beziehen.

Ortrun stellt den Antrag auf formelle Abstimmung, ob die Jubiläumssitzung mit themengebundener Debatte am 23.1. stattfinden soll.

Volker Hinck (dissident) findet, dass die zuvor genannte Redezeit von 15 Minuten weiter begrenzt werden sollte. **Ortrun** entgegnet darauf, dass dies nur eine fiktive Zeitangabe gewesen sei und in der Kommission auch diese Frage weitergehend behandelt würde.

Abstimmung: 26:0:3

Damit ist der Antrag angenommen.

TOP 11 [Studentische Wahlausschuss]

Zum studentischem Wahlausschuss hat der Vizepräsident die folgende Bitte: Die fünf größten StuPa-Listen (also GHG, RCDS, Jusos, **FACHKRAFT**, LHG) sollen bis zum 31.01.05 jeweils eine Person für den Wahlausschuss benennen.

Christian Schlag berichtet, dass die Wahlen vom 21. bis 23.06.2005 stattfinden sollen. Auf Nachfrage von **Eva Scharbatke (LHG)** berichtet **Christian**, dass es dieses Mal ungefähr die gleiche Anzahl an Wahllokalen geben werde, somit auch in der Psychologie und Pharmazie, aber nicht mehr im Klinikum.

TOP 12 [„Beschluss pro kritischer Dialog“]

Der Vizepräsident fordert die LHG auf den Antrag zu begründen. **Philipp Ostermann (LHG)** begründet folgendermaßen: Hintergrund sei die „Erstürmung“ des Landgrafenhaus vom 02.12.2005. Was dort passiert sei, hätte nie geschehen dürfen. Dadurch werde nämlich die berechtigte Kritik an der Regierung diskreditiert. Man solle bedenken, dass wenn sich die Studierenden einen Spaß mit Roland Koch machen wollen, es nicht unwahrscheinlich sei, dass dieser sich auch einen weiteren Spaß mit den Studierenden leiste. Es gebe Argumente die man auch mitteilen solle.

Christian Schlag kritisiert das im Antrag enthaltene Wort 'naturgemäß'. Studierende hätten nicht naturgemäß andere Auffassung als andere Menschen. **Philipp Ostermann** entgegnet, gemeint gewesen sei das HHG (hessisches Hochschulgesetz) und da hätten Studierende naturgemäß andere Meinungen als Politiker und viele andere Menschen. **Christian** ist aber dennoch der Auffassung, dass man dies nicht so schreiben kann. **Philipp** entgegnet, Christian solle einen Änderungsvorschlag machen. **Christian** meint, es sei schon 21 Uhr 20 und er habe keine Zeit mehr, sich über ein dementsprechenden Antrag Gedanken zu machen.

Thorsten Engelen findet den Antrag ganz nett, es sollten aber keine allgemeinpolitischen Äußerungen getroffen werden. **Mattias Altfelder** entgegnet, der Tenor des Antrages gefalle ihm nicht: Die Landesregierung werde so dargestellt, als würde sie kritische Dialoge wollen und auch in die Tat umsetzen. **Philipp** erwidert, Ja, es habe bislang nie kritische Dialoge gegeben, aber auch die Studierendenschaft habe sich bislang nicht um einen Dialog bemüht.

Thorsten versucht zu erklären, Wiesbaden möge die Studierenden nicht aufgrund der unqualifizierten Aussagen die auf vielen Demos gemacht worden seien (wie z.B.: Koch ist Scheiße). Außerdem würde ein kritischer Dialog helfen, da am HHG noch etwas geändert worden sei und zwar nicht zuletzt durch Gespräche zwischen RCDS und CDU. **Jonas Knöll (FACHKRAFT)** ist auch für einen Dialog, meint aber der solle nicht nur zwischen Opposition und CDU laufen.

Frank Hufnagel (RCDS) lässt sich nicht vorwerfen einen Dialog zu führen, gerade weil der AStA nicht bereit für eine kritische Diskussion sei. Außerdem sei es eine Schweinerei, dass StuPa und AStA getrennt von einander arbeiteten, hier sollte man sich zunächst selber kritisieren.

Philipp Ostermann fragt, was es aussagen würde, wenn der Antrag abgelehnt würde. Wiesbaden und Studierendenschaft wollten beide keine Gespräche führen. Ob das StuPa das wolle? **Volker Ostermeyer** merkt an es werde hier nur vereinzelt Kritik geäußert, aber kein konstruktiver Gegenvorschlag gebracht. Er wendet sich hier explizit an die GHG. Nicht nur Wiesbaden sei nicht zum Dialog bereit. Er erinnert an den Streik und StuGuG (Studienguthabengesetz), in dem die Regierung Gespräche mit den ASten gesucht und der AStA abgelehnt habe. Woher seien denn die Verbesserungen im StuGuG gekommen? Da müsse doch jemand zugehört haben.

Andreas Müller sagt, in der Anhörung zur HHG-Novelle hätten viele CDU-Abgeordnete nur Zeitung gelesen, obwohl viele VertreterInnen da gewesen seien: unter anderem aus der Wirtschaft, Vertretern von Universitätspräsidien, LAK (Landes Asten-Konferenz) etc. **Volker Ostermeyer** fügt hinzu, das sei nicht nur in Wiesbaden so. Wenn die Opposition im StuPa Dinge monierte, reagiere der AStA hier oft ähnlich.

Philipp Ostermann appelliert an die GHG, dem Antrag zuzustimmen, denn die GHG habe versichert eigenständig zu bleiben. **Jörg Bechtold (GHG)** sagt, die GHG wolle dazu nichts sagen. Ihre Meinung dazu stehe öffentlich auf ihrer Homepage.

Thorsten erinnert, es gehe darum, ob das StuPa gegen diesen gewaltvollen Protest sei, worauf **Jonas** erwidert, ihm gehe es nicht um eine konkrete Sache, sondern um das Allgemeine. **Volker Hinck (dissident)** äußert, er finde gut, was passiert sei. Auch Minderheiten hätten Rechte, und diese könnten durch zivilen Ungehorsam auf sich aufmerksam machen. Demokratieverständnis sei nicht auf Parlamentarismus zu beschränken. Man solle sich fragen, welche Perspektiven es in der Demokratie zusätzlich gebe. **Jan-Patrick Behrend** antwortet, mit Begrifflichkeiten wie dem zivilen Ungehorsam sollte man es sich nicht so einfach machen. Proteste seien verständlich, aber solche wie diese lokale Aktion, in der MitarbeiterInnen physisch zu Schaden gekommen sein sollen, seien nicht unterstützenswert. Allerdings würde durch den Antrag der LHG auch ein falscher Eindruck entstehen. Bildungspolitik sollte hier im Vordergrund stehen. **Frank Hufnagel** findet, mit dieser Aussage hätten sich Teile der AStA-Koalition disqualifiziert: Wie könne der andere Teil noch mit diesem zusammenarbeiten? Der RCDS sollte eigentlich die größten Probleme haben, diesen Antrag zu unterstützen, sie seien aber zur Selbstkritik bereit. **Melanie Micudaj** antwortet zu Jan-Patrick, er habe eine falsche Interpretation von zivilem Ungehorsam. Volker habe sich nie auf Gewalt

bezogen oder sie mit einem Wort erwähnt. **Ortrun** bemerkt, eine solche Diskussion solle am 23.1 geführt werden.

Es gibt keine weiteren Redebeiträge. Der Vizepräsident initiiert die **Abstimmung**: 9:20:0. Damit ist der Antrag abgelehnt.

-- um 21:45 verlässt Eva Scharbatke die Sitzung --

TOP 12 [Diskussion und Beschluss über Wahl einer Satzungskommission]

Es gibt einen **GO-Antrag**: **Holger Kindler (LinkeBüLi)** stellt den Antrag auf Nichtbefassung, mit der Begründung, wenn ein Anlass bestünde, könne eine Satzungskommission einberufen werden. Momentan sei es nicht sinnvoll.

Volker Ostermeyer möchte wissen, wie weit die Kommission des 39. Stupa gekommen sei und ob es verwertbare Anknüpfungspunkte gebe. **Marcel Hennes** (Mitglied der vorangegangenen Kommission) antwortet, es habe bislang noch nie einen mehrheitsfähigen Entwurf gegeben. **Ortrun** fände es gut, wenn es so eine Kommission gäbe, wenn es Leute gäbe die da viel Zeit und Mühe reinstecken würden, fügt aber hinzu, es mache leider keinen Sinn, wenn dies kaum eineR machen wolle.

Mattias Altfelder hält formale Gegenrede.

Abstimmung: 17:3:8 damit ist der Antrag angenommen, d.h. der Antrag wird nicht befasst.

Volker Ostermeyer (LHG) fragt, wer den Antrag überhaupt eingebracht habe. **Ortrun** sagt, dies sei Anne Tittor gewesen.

TOP 13 [Wahl der Satzungskommission] entfällt.

TOP 14 [Diskussion und Beschluss über Wahl einer Geschäftsordnungskommission]

Es erfolgt ein **GO-Antrag** von **Holger Kindler** auf Nichtbefassung mit der gleichen Begründung wie zuvor. Daraufhin erfolgt inhaltliche Gegenrede von **Mattias**: Es habe mal eine Satzungsänderung gegeben, die eine GO-Kommission notwendig mache.

Ortrun sagt, es habe im 38. StuPa schon eine GO-Kommission gegeben, die ihrer Meinung nach gute Arbeit geleistet habe, aber es sei aus verschiedensten Gründen nicht zur Abstimmung gekommen. Den Entwurf gebe es immer noch, er sei auf der Homepage des Stupa unter 'Sitzungen und Protokolle des 39. Stupa' bei der Sitzung vom 21. Januar zu finden.

Volker Ostermeyer fragt, ob man überhaupt über einen Entwurf des 38. Studierendenparlaments bzw. dessen GO-Komm. abstimmen könne, und ob es im 39. StuPa nicht auch eine gegeben habe. **Ortrun** antwortet, es habe im 39. keine GO-Kommission gegeben. Thomas Gottbehüt und sie hätten eine Ausarbeitung geschrieben, welche man als Antragsvorlage evtl. nutzen könne.

Abstimmung 19:5:4. Damit wird dieser Punkt nicht befasst.

TOP 15 [Wahl einer Geschäftsordnungskommission] entfällt.

TOP 16 [Verschiedenes]

Der Vizepräsident gibt den vorraussichtlichen Zeitpunkt der nächsten StuPa-Sitzung bekannt: den 12.01.2005.

Mattias macht den AStA darauf aufmerksam, dass demnächst die Gewinn-Verlust-Rechnung vorzuzeigen sei. Der alte AStA wolle ja auch sicherlich entlastet werden. **Ortrun** antwortet, dies werde erfahrungsgemäß immer erst am Ende des Semesters passieren, so gegen Ende Januar/ Anfang Februar. **Marcel Hennes** nutzt die letzte Minute der Sitzung, um alle Parlamentarier zur FSK Sitzung (27.1.) in die Geographie einzuladen.

Der amtierende Vizepräsident des 40. Studierendenparlaments, **Christoph Scheid**, schließt die Sitzung um 21:55 Uhr.

Für das Protokoll:

gez. Sebastian Heinisch

Für die Richtigkeit:

Christoph Scheid
Vizepräsident des 40. Stupa